



Für einen Kurswechsel in der Politik Die Zeitenwende ernst nehmen

„Germany, Once a Powerhouse, Is at an Economic ‘Standstill’“, New York Times, 18. Januar 2024. Niemand in der Welt versteht, wie wir unsere Stärken so leichtfertig verspielen. Unsere Standortvorteile erodieren. Investitionen machen einen Bogen um unser Land. Beim wirtschaftlichen Wachstum fallen wir ab. Mit dem Finanzgebahren der Bundesregierung machen wir uns in Europa unglaublich, wenn wir finanzpolitische Stabilität einfordern. Als schwacher Partner können wir nicht erwarten, von den USA respektiert zu werden, vor allem von einem möglichen Präsidenten Donald Trump. Unsere geopolitischen Gegner freuen sich und warten ab. Deutschland ist für die Zeitenwende nicht gewappnet.

Das wäre nicht nötig. Wir sind in der Lage, Zukunft zu gestalten. Wir haben weltweit erfolgreiche innovative Unternehmen, qualifizierte und kreative Mitarbeiter/innen, Know-how und Erfindungsgeist, eine starke Forschung. Aber wir bringen das immer weniger auf die Straße. Ein Primat der Politik über die Wirtschaft erstickt Innovationskraft und würgt wirtschaftliche Dynamik ab. Deutsche Politik muss weg vom Interventionismus, weg vom Versuch, alles im Detail regulieren zu wollen. Die Bundesregierung muss weg vom Versuch, über Subventionen die Wirtschaft politisch zu steuern. Auch Umverteilung löst kein Problem. Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Der Staat muss sich auf Kernkompetenzen zurückziehen, sich um Sicherheit und Verteidigung, Infrastruktur, Bildung, wettbewerbsfähige Steuern, eine digitale Verwaltung und einen verlässlichen Ordnungsrahmen kümmern. Unternehmen brauchen Verlässlichkeit in der Politik, Spielräume, Flexibilität, Freiheit, Vertrauen.

Die Energiewende steckt in der Sackgasse. Unsere Regierung verweigert, als einzige weltweit, eine sachliche Debatte über die weitere Nutzung der Kernkraft. An eigene Gasvorkommen wollen wir nicht ran. Die Bundesregierung verantwortet unnötige Engpässe im Energieangebot und nicht tragfähige Energiepreise. Sie feiert Einsparungen an Energie, unterschlägt aber den Preis, den wir dafür zahlen: die Industrieproduktion, v. a. die energieintensive, schrumpft rapide. Energiepolitik durch Deindustrialisierung entzieht unserem Wohlstand den Boden. Nur eine mutige und technologieoffene Ausweitung des Energieangebots, ein europäischer Energiebinnenmarkt, Klimaschutz

durch Emissionshandel verbunden mit einem Klimageld zur Entlastung der Bürger – das die Bundesregierung zugunsten grüner Subventionen verweigert – können den gordischen Knoten der Energiewende durchtrennen.

Von der Gastronomie, den Spediteuren über das Handwerk bis zu den MINT-Bereichen fehlen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit einem überzogenen Bürgergeld und einer Viertage-Woche bei vollem Lohnausgleich werden die Mitarbeiterinnen vom Arbeitsmarkt aber ferngehalten und in die staatliche Alimentation getrieben. Wir brauchen wieder mehr Anreize zu arbeiten. Steuern und Abgaben müssen runter, das Arbeitsrecht muss flexibler werden und die Sozialsysteme müssen grundlegend reformiert werden, einschließlich einer längeren Lebensarbeitszeit. Es muss wieder attraktiver werden, zu arbeiten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt 2021 hat nicht nur dem Finanzgebaren der Bundesregierung Grenzen gesetzt. Es zwingt die Politik, mehr Verantwortung zu übernehmen. Dem Kurs, Politik durch das Scheckbuch zu ersetzen, hat das Bundesverfassungsgericht Grenzen gesetzt. Das ist richtig. Politische Entscheidungen, die nicht gefällt werden, Prioritäten die nicht gesetzt werden, Führung, die nicht wahrgenommen wird, kann man mit Geld kurzfristig kaschieren, aber man löst damit kein Problem, verspielt nur langfristig die Handlungsfähigkeit des Staates und lebt auf Kosten kommender Generationen. Umgekehrt zahlt sich eine solide Finanzpolitik für das Land aus. Bayern kann Standortpolitik gestalten, weil die Staatsregierung seit Jahren auf eine solide Haushaltspolitik setzt. Deutschland konnte in Krisen handeln, weil die Jahre davor solide gehaushaltet wurde. Damit künftige Bundesregierungen handlungsfähig bleiben, muss die Ampel heute sparen und investieren, sie muss politische Prioritäten setzen.

Der Bundeskanzler hat am 27. Februar 2022 eine Zeitenwende verkündet. Aber das ist nur eine Worthülse geblieben. Von den 100 Milliarden Euro an Sondervermögen für die Bundeswehr kommt zu wenig in der Bundeswehr an. Die Industrie ist bereit, die Soldaten auszurüsten und die Ukraine zu beliefern, aber es fehlen Aufträge. Abgesehen davon reicht das Sondervermögen nicht aus, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands herzustellen. Scholz zaudert bei der Hilfe für die Ukraine, wo er ein klares Zeichen an Putin geben müsste, dass wir Freiheit und Demokratie mit allen Mitteln verteidigen. Auf das neue geopolitische Ringen der Mächte hat Deutschland keine Antwort. Es fehlt eine Strategie für den Fall, dass Donald Trump die US-Wahlen gewinnt. Von den USA können und müssen wir Kooperationsbereitschaft einfordern. Aber wir müssen selbst für unsere Kooperationsfähigkeit sorgen. Wir müssen außen- und sicherheitspolitisch Verantwortung übernehmen. Deutschland muss gemeinsam mit Frankreich politische Führung in Europa übernehmen.

Die stärksten Fesseln für Unternehmen sind Bürokratie und Überregulierung. Alle Programme zum Bürokratieabbau haben wenig gebracht. Es reicht nicht, Berichtspflichten zu streichen und einzelne Gesetze abzuschaffen. Ein grundsätzliches Umdenken ist nötig. Der Versuch, Zukunft bis ins Detail regulieren zu wollen, ist im Ansatz verfehlt. Wir brauchen weniger Regulierung, mehr Vertrauen in Unternehmen.

München, 02. Februar 2024

